

Kromphardt, Juergen

**Article**

## Die Keynes Gesellschaft – Ein Beitrag zur Bewahrung der Makroökonomie

Intervention. Zeitschrift fuer Ökonomie / Journal of Economics

**Provided in Cooperation with:**

Edward Elgar Publishing

*Suggested Citation:* Kromphardt, Juergen (2005) : Die Keynes Gesellschaft – Ein Beitrag zur Bewahrung der Makroökonomie, Intervention. Zeitschrift fuer Ökonomie / Journal of Economics, ISSN 2195-3376, Metropolis-Verlag, Marburg, Vol. 02, Iss. 1, pp. 50-56, <https://doi.org/10.4337/ejeep.2005.01.07>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/277039>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

# **Die Keynes Gesellschaft – Ein Beitrag zur Bewahrung der Makroökonomie**

**Jürgen Kromphardt\***

## *Zielsetzung der Keynes Gesellschaft*

Der Keynesianismus, der bis in die späten 1970er Jahre hinein die Lehrbücher zur Makroökonomie und die wirtschaftspolitischen Ansichten in Wissenschaft und Politik dominierte, hat durch die Hinwendung von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik zur Angebotsökonomie deutlich an Relevanz eingebüßt und ist auch in der Lehre an den Universitäten stark in den Hintergrund gedrängt worden. Vielfach wird er nur noch in der Version präsentiert, die ursprünglich als neoklassische Synthese konzipiert wurde und die den Kern der Theorie von John Maynard Keynes und seine wirtschaftspolitische Botschaft neoklassisch vereinnahmt und verfälscht.

Insbesondere in Deutschland ist es in weiten Kreisen nahezu verpönt, den Begriff der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die zentrale Größe der keynesianischen Analyse, überhaupt zu erwähnen. Immerhin hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem letzten Jahrestagungsgutachten die Schwäche der Binnen nachfrage in Deutschland thematisiert.

Um dieser Einseitigkeit entgegen zu wirken und den heutigen Studierenden eine umfassende und leicht zugängliche Information über den theoretischen Ansatz und die wirtschaftspolitischen Ziele des Keynesianismus zu verschaffen, haben 13 an deutschen Universitäten lehrende Ökonomen die »Keynes Gesellschaft« gegründet, die seit dem 05.04.2004 als Verein registriert ist. Da das Internet als Forum der Information und der Diskussion immer weiter in den Vordergrund tritt, hat sich diese Gesellschaft zum wichtigsten Ziel gesetzt, eine Internetpräsentation der Veröffentlichungen von und über Keynes sowie über die keynesianische Theorie aufzubauen und damit eine wissenschaftliche Dokumentation über das Leben, Wirken und Weiterwirken von Keynes in Wissenschaft und Politik zu erstellen. Darüber hinaus kann die Gesellschaft wissenschaftliche Tagungen veranstalten, wissenschaftliche Forschungsvorhaben fördern und Preise für wirtschaftswissenschaftliche Forschungsarbeiten sowie für Wirtschaftspublizistik vergeben.

## *Zur Aktualität der Theorie von Keynes*

Stellenwert und Zielrichtung von Keynes' Hauptwerk »The General Theory of Employment, Interest and Money« aus dem Jahr 1936 werden am ehesten deutlich, wenn man seine Entstehung vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise 1929–1932 sieht. Diese wurde im Herbst 1929 durch den Börsencrash an der New Yorker Börse ausgelöst und verbreitete sich rasch über die ganze Welt, mit verheerenden wirtschaftlichen und politischen Folgen: Von

\* Technische Universität Berlin.

1929 bis 1932 brach die industrielle Produktion weltweit massiv ein. Die Arbeitslosenquoten stiegen auf bis dahin ungekannte Höhen: In Deutschland auf 30 Prozent, in den USA auf 25 Prozent und in Großbritannien auf 22 Prozent. Die Machtergreifung Hitlers war die gravierendste politische Folge.

Die damals herrschende ökonomische Theorie stand dieser Entwicklung hilflos gegenüber. Sie lehrte, jede Abweichung von der Vollbeschäftigung löse automatisch Gegenkräfte aus, die die Wirtschaft mehr oder weniger rasch zur Vollbeschäftigung zurückführten, sofern Preise und Löhne flexibel reagierten. Diese Voraussetzung war erfüllt: Von 1929 bis 1932 sanken die Löhne in den drei genannten Ländern um mehr als 25 Prozent, um 30 Prozent bzw. um sieben Prozent. Die Preise fielen ähnlich stark, nämlich um 24 Prozent, 30 Prozent bzw. 15 Prozent. Aber die Situation verschlechterte sich weiter, und zwar besonders in Deutschland und in den USA, wo Löhne und Preise am stärksten sanken. Viele bekannte Ökonomen verließen sich daraufhin nicht mehr auf die überkommene Theorie, sondern forderten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und andere Formen aktiven staatlichen Gegensteuern. Was fehlte, war eine Theorie, die erklärte, weshalb die wirtschaftliche Entwicklung so desaströs verlief, und aus der sich staatliches Handeln überzeugend begründen ließ.

In diese Lücke stieß Keynes mit seiner Theorie, die nicht mehr Preisrelationen und Preisanpassungen in den Mittelpunkt stellt, sondern die Gesamtnachfrage nach Gütern (Waren und Dienstleistungen), und die begründete, weshalb eine Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung nur über eine Erhöhung dieser Nachfrage erreichbar ist, nicht aber über flexible Preise und Löhne.

Das Aufsehen, das Keynes' »General Theory« sogleich nach ihrem Erscheinen erregte, war auch dadurch bedingt, dass Keynes schon zuvor durch seine wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Schriften sowie durch seine Beraterätigkeit für die Regierung der bekannteste britische Ökonom geworden war. Die Vielfalt seiner Tätigkeiten geht aus seiner Biographie und aus seinem Schriftenverzeichnis hervor; über beide informiert die Homepage der Keynes Gesellschaft.

Im Anschluss an die ersten zwei Dekaden der Nachkriegszeit mit langen Phasen an nähernder Vollbeschäftigung erleben die meisten Industriestaaten seit mindestens 20 Jahren eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit bei schwachem Wirtschaftswachstum, und – wie schon in der Weltwirtschaftskrise ab 1929 – ertönt der Ruf nach Lohn- und Preissenkungen sowie nach Kürzungen bei den Sozialtransfers. Offenbar sind die damaligen Erfahrungen, die theoretischen Erkenntnisse von Keynes und die darauf aufbauende wirtschaftspolitische Botschaft weithin in Vergessenheit geraten. Letztere besagt im Kern: Für eine Wiedergewinnung hoher Beschäftigung ist eine entsprechend hohe Güternachfrage erforderlich. Eine Senkung von Preisen und Löhnen ist der falsche Weg. Die Erwartung, zusätzliches Angebot schaffe sich gemäß *Say'schem Gesetz* seine Nachfrage, ist für eine Geldwirtschaft trügerisch. Vielmehr verharrt das Wirtschaftssystem bei dauerhaft unzureichender Güternachfrage in einem Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung.

Offenbar sind diese Einsichten wieder verloren gegangen, denn die heute vorherrschende Position in den Wirtschaftswissenschaften ähnelt verblüffend den Auffassungen, die Keynes vorfand und mit seiner Theorie in Frage stellte.

Um diese Entwicklung zu verstehen, ist es notwendig nachzuzeichnen, wie die keynesianische Theorie in der Nachkriegszeit weiterentwickelt, modifiziert und teilweise verfälscht worden ist. Den ersten wichtigen Meilenstein auf diesem Weg stellt der »klassische« Aufsatz von Hicks (1937) dar, der auf der Homepage der Keynes Gesellschaft präsentiert, analysiert und – zwecks direkter Zugänglichkeit – abgedruckt werden soll. Weitere Meilensteine sollen in ähnlicher Weise behandelt werden, wie z.B. Modigliani (1944), der als Erster auf die verhängnisvolle Idee kam, das IS/LM-Diagramm, das sich auf den Güter- und Geldmarkt beschränkte, durch einen strikt neoklassischen Arbeitsmarkt zu ergänzen.

### *Schwachstellen des keynesianischen Theoriegebäudes*

Neben der Präsentation der Theorie von Keynes ist auch eine Auseinandersetzung über die Ursachen nötig, die zum Bedeutungsverlust des Keynesianismus geführt haben. Dafür ist auf die Verengung der Theorie von Keynes durch ihre Wiedergabe in Form des in den Lehrbuchdarstellungen zentralen IS/LM-Diagramms und – unter wirtschaftspolitischen Aspekten – insbesondere auf einen ihrer zentralen Schwachpunkte hinzuweisen, nämlich die fehlende Integration der Inflationsproblematik. Diese Integration unterblieb, obwohl Keynes (1940) Empfehlungen vorgelegt hatte, wie man die während des Krieges zu befürchtende Nachfrageinflation bekämpfen und verhindern sollte, obwohl in Schweden bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit diskutiert wurde, wie man bei Vollbeschäftigung Inflation vermeiden könne (vgl. Turvey 1952), und obwohl keynesianische Autoren wie Lerner und Ackley in den späten 1950er Jahren zur Erklärung der schleichenden Inflation (auch bei Unterbeschäftigung) die Anbieterinflationstheorie entwickelt haben. Gemäß dieser Theorie besteht die Gefahr einer dauerhaften schleichenden Inflation, sobald die Anbieter auf den Gütermärkten und auf dem Arbeitsmarkt über Marktmacht verfügen. Ist einmal eine Preissteigerung eingetreten, so ergibt sich daraus ein ständiges Wechselspiel von Preis- und Lohnsteigerungen, das zu einem dauerhaften Anstieg der Preise und Löhne führt, die sich gegenseitig empor schaukeln. Diese Inflationstheorie wurde jedoch nicht in das Standardmodell integriert.

Stattdessen wurde das Inflationsproblem separat anhand der Phillipskurve diskutiert, die der englische Ökonom Phillips (1958) als Erster verwendet hat, um den Zusammenhang zwischen Lohnsteigerungen und der Arbeitslosenquote darzustellen, und die kurz danach von Samuelson/Solow (1960) auf den Zusammenhang zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenquote übertragen wurde. Die anschließend empirisch ermittelten derartigen Phillipskurven zeigten für die damals verfügbaren Daten einen negativen Zusammenhang zwischen der Inflationsrate und der Arbeitslosenquote: Jahre mit niedriger Arbeitslosenquote wiesen eine relativ hohe Inflationsrate auf, Jahre mit höherer Arbeitslosenquote dafür eine niedrigere Inflationsrate. Dieser Zusammenhang ließ sich mit Hilfe der Anbieterinflationstheorie sehr gut begründen; denn je niedriger die Arbeitslosenquote und je höher die Beschäftigung, desto stärker ist die Marktmacht der Anbieter.

Die Phillipskurve schien die Wirtschaftspolitik vor eine schwierige Entscheidung zu stellen: Die Phillipskurve suggeriert nämlich – sie ist ein schönes Beispiel für die Sugges-

tionskraft solcher Grafiken –, eine Senkung der Inflationsrate müsse mit einer erhöhten Arbeitslosigkeit einhergehen, weil sie es nahe legt zu vermuten, die dort gezeichneten Kurven seien im Zeitablauf stabil und man könne auf ihnen wandern, ohne dadurch Rückwirkungen auf die Lage dieser Kurven hervorzurufen. Viele Keynesianer erlagen der Suggestionenkraft der Phillipskurve und erwarteten, eine Bekämpfung der Inflation werde zu einer stabilisierungsbedingten zusätzlichen Arbeitslosigkeit führen, und schraken daher vor ihr zurück. Sie erkannten zu wenig die Möglichkeit – die in der Phillipskurve auch angelegt ist –, diese Kurve mittelfristig nach links bzw. unten zu verschieben, sei es durch Verringerung der strukturellen Arbeitslosigkeit, sei es durch eine Veränderung des eingespielten Verhaltens der lohn- und preissetzenden Akteure. Schweden liefert ein Beispiel für die erstgenannte Einflussmöglichkeit.

Die durch den ersten Ölpreisschock ausgelöste Inflationswelle verdeckte rasch auch die beschäftigungspolitischen Erfolge der keynesianisch inspirierten Konjunkturpolitik nach der Rezession 1967 in Deutschland. Allerdings gelang es 1972 nicht, die aufgrund der Hochkonjunktur notwendige restriktive Fiskalpolitik politisch durchzusetzen.

### *Die monetaristische Gegenrevolution*

Der Einstellung, wegen ihrer befürchteten negativen Folgen die Inflationsbekämpfung nur vorsichtig zu dosieren, trat Milton Friedman (1968) in seiner Aufsehen erregenden »Presidential Address« vor der »American Economic Association« auf der Grundlage einer theoretischen Gegenposition, nämlich des Monetarismus, entgegen. Diese von Friedman initiierte und von ihm (1970) auch so benannte »monetaristische Gegenrevolution« basierte auf einer Neuformulierung der alten Quantitätstheorie.

Die entscheidende Neuerung war: Friedman konzidierte zwar, Geldmengenänderungen würden kurzfristig zu Produktionsänderungen führen, aber er versuchte nachzuweisen, dass diese mittelfristig keinen Bestand haben. Daraus resultierte die Prognose, eine Bekämpfung der Inflation durch eine Verringerung des Geldmengenwachstums werde zwar kurzfristig zu Einbußen bei Produktion und Beschäftigung führen, nicht aber auf Dauer. Da zusätzlich das Ausmaß der kurzfristigen Reaktion davon abhing, wie stark die privaten Akteure von der Durchsetzungsfähigkeit und -willigkeit der Notenbank überzeugt sind, prognostizierte er zusätzlich, die kurzfristigen Produktions- und Beschäftigungseinbußen würden umso geringer sein, je glaubwürdiger die Notenbank ihre Inflationsbekämpfung betreibt; denn je stärker die Wirtschaftssubjekte davon überzeugt sind, die Notenbank werde ihre Inflationsbekämpfung durchziehen, desto eher werden sie eine sinkende Inflationsrate erwarten und daraufhin ihre Lohn- und Preisentscheidungen an dieser Erwartung orientieren.

Um seine Position zu begründen, bediente sich Friedman eines überaus erfolgreichen Kniffes: Dieser bestand darin, als Ausgangssituation vor dem geldpolitischen Eingriff, der zu einer Veränderung der Geldmenge führt, eine Situation zu wählen, in der auf dem Arbeitsmarkt in dem Sinne Gleichgewicht herrscht, dass alle Personen, die zum herrschenden Reallohn arbeiten wollen, auch Arbeit finden. Doch diese Situation bezeichnet er nicht als Vollbeschäftigung, sondern als Zustand »natürlicher Arbeitslosigkeit«. Dieser von ihm in

Anlehnung an Wicksells Konzept des »natürlichen Zinssatzes« eingeführte Begriff hatte zwei Effekte. Erstens klingt es von vornherein plausibel, dass eine Wirtschaft, wenn sie durch eine geldpolitische Maßnahme aus der Situation der natürlichen Arbeitslosigkeit herausgerissen wird, nach einer gewissen Zeit zu dieser zurückkehrt. Zweitens konnte Friedman es dadurch vermeiden, explizit zu sagen, dass seine Ausgangssituation eine Situation ohne unfreiwillige Arbeitslosigkeit darstellt, also eine Situation, die traditionell als Vollbeschäftigungssituation bezeichnet wird. Hätte er von vornherein offen gelegt, dass er über die Wirkung expansiver Geldpolitik bei Vollbeschäftigung spricht, so hätte jedermann sofort zugestimmt, dass es bei Vollbeschäftigung schon ex definitione nicht möglich ist, durch expansive Geldpolitik auf Dauer zu höherer Beschäftigung zu kommen, es sei denn, es gelänge, die Erwerbsquote zu erhöhen. Es wäre auch völlig überflüssig und unsinnig, bei Vollbeschäftigung noch mit expansiven Maßnahmen die Beschäftigung erhöhen zu wollen. So wäre also deutlich geworden, dass Friedman offene Türen einrennt.

Friedmans Analyse fiel auch deswegen auf fruchtbaren Boden, weil sie die Aufforderung an die Notenbanken enthielt, die Inflation zu bekämpfen, ohne wegen möglicher negativer Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung große Bedenken zu haben. Die Inflation war schon vor 1968 in vielen Staaten ein Problem, in den USA insbesondere durch die Kreditfinanzierung des Vietnamkrieges in Zeiten hoher Beschäftigung. Sie wurde weltweit im Anschluss an den ersten Ölpreisschock vom Herbst 1973, als sich durch die Maßnahmen der OPEC der Weltmarktpreis dieses wichtigsten Energieträgers vervierfachte. In Deutschland war die Inflationsrate schon vorher aufgrund der Vollbeschäftigung auf über fünf Prozent gestiegen. Als dann im Frühjahr 1974 infolge der Energieverteuerung hohe Lohnsteigerungen vereinbart wurden, drohte eine sich beschleunigende Inflationsspirale. Die Deutsche Bundesbank reagierte mit massiven restriktiven Maßnahmen; die Arbeitslosigkeit stieg rasch an, erwies sich aber als dauerhaft; die Prognose der Monetaristen trat nicht ein. Andere Notenbanken schlugen dieselbe Strategie ein, mit ähnlichen Ergebnissen. Dennoch wurde diese monetaristisch begründete Strategie überwiegend begrüßt, weil sich die wirtschaftspolitische Bewertung von Inflation und Arbeitslosigkeit verschoben hatte und das Ziel der Vollbeschäftigung in den Hintergrund gerückt war.

Auf der wirtschaftstheoretischen Ebene wurde die »Gegenrevolution« weitergetrieben. Anhänger des Monetarismus griffen als erste die Hypothese von Muth (1961) für die makroökonomische Analyse auf, wonach rationale Akteure auch rationale Erwartungen bilden, indem sie bei ihrer Erwartungsbildung ihre Informationen über ihnen relevant erscheinende Größen sowie über ihre ökonomische Umwelt einbeziehen. Um die Informationen zu verarbeiten, müssen die Akteure über eine Theorie verfügen, die ihnen sagt, wie die von ihnen berücksichtigten Größen auf die zu prognostizierende Variable einwirken.

Durch die kühne Annahme, die Akteure würden dafür ausschließlich die monetaristische Theorie einschließlich der Annahme ständig geräumter Märkte verwenden, leiteten Lucas (1972) und Sargent/Wallace (1975) die Vorhersage ab, bei rationalen Erwartungen werde eine restriktive (oder eine expansive) Geldpolitik auch kurzfristig keine mengenmäßigen Auswirkungen haben. Diese Extremposition kollidiert allerdings mit den empirischen Erfahrungen.

### *Renaissance der Makroökonomie*

In der letzten Zeit mehren sich die Anzeichen für eine Renaissance der Makroökonomie und damit der kreislauftheoretischen keynesianischen Gedankengänge.

In Deutschland wird die angebotsökonomische Position zwar weiterhin fast dogmatisch vertreten, wonach die Nachfrage entweder gar keine oder nur eine sehr kurzfristige Rolle spielt, so dass man ihre Entwicklung nicht weiter beachten muss (so werden z.B. im Zusammenhang mit dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt nur die möglichen negativen Auswirkungen seiner Verletzung auf das Vertrauen in die Stabilität des Euro oder die zunehmende Zinsbelastung hervorgehoben, nicht aber die positive Kreislaufwirkung einer Aufrechterhaltung staatlicher Nachfrage). Auf der internationalen Ebene hat die »Neue Keynesianische Ökonomie« (New Keynesian Economics) jedoch längst Fuß gefasst und dominiert mit ihrer Betonung der Nachfrage die wirtschaftspolitische Diskussion. Zu dieser Umorientierung hat beigetragen, dass die Weltwirtschaft nach der Überwindung der Inflationsphasen der 1970er und 1980er Jahre (verursacht durch Schocks und falsche Politik) wieder in eine Konstellation hineingerät, in der nur geringe aggregative Preisdynamik vorherrscht, begünstigt durch Globalisierung, offene Handelsgrenzen, scharfen Wettbewerb, technischen Fortschritt und nicht zu vergessen: Arbeitslosigkeit. Die Angebotsgrenzen sind nicht nur »weiter weg«, sondern auch konzeptionell undeutlich geworden (Hysteresis). Damit ist eine ökonomische Analyse gefordert, die sich wieder auf die Determinanten der Produktionsaktivität besinnt, und nicht auf relative Preise und Strukturreformen.

Auch die moderne Arbeitsmarkt- und Beschäftigungstheorie überwindet die alte Sicht, die Grenzproduktivitätskurve als Arbeitsnachfragekurve zu interpretieren; sie sieht sie vielmehr als Preisbestimmungsfunktion. Die Beschäftigung wird damit nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt bestimmt! Dies ist nun bereits Stoff in (US-amerikanischen!) makroökonomischen Lehrbüchern (Blanchard 2003: 124 ff.), wobei diese Einsicht allerdings nicht konsequent durchgehalten wird. Eine weitere wichtige Änderung besteht in der Relativierung des Realkasseneffektes, der bei endogener Geldmenge verschwindet.

Auch die erfolgreiche Makropolitik in den USA, wo die aktive Geldpolitik des Notenbankchefs Alan Greenspan zu weit höheren Wachstumsraten führt, als man sie in Deutschland beobachten kann, und die erfolgreiche Fiskalpolitik in Großbritannien, die von 1992 bis 1994 zur Bekämpfung der Rezession jährliche Budgetdefizite von zwischen 6,3 und 7,8 Prozent des BIP zuließ, trugen zur Renaissance keynesianisch inspirierter theoretischer Überlegungen zumindest im angelsächsischen Raum bei. Durch zunehmende Internationalisierung der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion sollte diese Entwicklung auch stärker nach Deutschland dringen. Dazu sollen die Informationen unserer Website beitragen.

### *Aufforderung an potentielle Mitglieder, der Keynes Gesellschaft beizutreten*

Da der Aufbau und die Pflege einer solchen Website nicht ohne Zeit- und Geldaufwand möglich sind, hofft die Keynes Gesellschaft auf zahlreiche neue Mitglieder. Ihre Satzung und ihre Beitragssatzung sind auf der Homepage ([www.Keynes-Gesellschaft.de](http://www.Keynes-Gesellschaft.de)) nachzu-

lesen; die Beitrittserklärung kann dort ausgedruckt werden. Laut § 2 der Satzung (ebenfalls dort einzusehen) entscheidet anschließend der Vorstand über die Aufnahme.

### *Literatur*

- Blanchard, Olivier (2003): *Macroeconomics*, 3. Aufl., New Jersey: Prentice Hall
- Friedman, Milton (1968): *The Role of Monetary Policy*, in: *American Economic Review*, Jg. 58, H. 1, S. 1–17. Deutsch: *Die Rolle der Geldpolitik*. Wiederabgedruckt in: Brunner, Karl/Meltzer, Allan/Neumann, Manfred J.M. (Hg.) (1970), *Die optimale Geldmenge und andere Essays*, München, S. 135–156, und in: Brunner, Karl/Meltzer, Allan/Neumann, Manfred J.M. (Hg.) (1974), *Geldtheorie*, Köln, S. 314–337
- Friedman, Milton (1970): *The Counter-Revolution in Monetary Theory*, Institute of Economic Affairs, Occasional Paper 33, London. Deutsch: *Die Gegenrevolution in der Geldtheorie*. Wiederabgedruckt in: Kalmbach, Peter (Hg.) (1973), *Der neue Monetarismus*, München
- Hicks, John (1937): *Mr. Keynes and the »Classics«. A Suggested Interpretation*, in: *Econometrica*, Jg. 5, H. 2, S. 147–159. Wiederabgedruckt in: Hicks, John (1967), *Critical Essays in Monetary Theory*, Oxford: Clarendon Press
- Keynes, John Maynard (1936): *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London: Macmillan. Wiederabgedruckt in: Moggridge, Donald (Hg.) (1973), *Collected Writings of J.M. Keynes*, Bd. VII, London: Macmillan
- Keynes, John Maynard (1940): *How to Pay for the War*, London. Wiederabgedruckt in: Keynes, J.M. (1971), *Collected Writings*, Bd. IX, *Essays in Persuasion*, London/Basingstoke: Macmillan, St. Martin's Press
- Lucas, Robert (1972): *Expectations and the Neutrality of Money*, in: *Journal of Economic Theory*, Jg. 4, H. 2, S. 103–124
- Modigliani, Franco (1944): *Liquidity Preference and the Theory of Interest and Money*, in: *Econometrica*, Jg. 12, H. 1, S. 45–88. Wiederabgedruckt in: Lutz, Friedrich/Mints, Lloyd (Hg.) (1952), *Readings in Monetary Theory*, London: Allen & Unwin, S. 186–239
- Muth, John (1961): *Rational Expectations and the Theory of Price Movements*, in: *Econometrica*, Jg. 29, H. 3, S. 314–335
- Phillips, Alban W. (1958): *The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1861–1957*, in: *Economica*, Jg. 25, H. 2, S. 283–299
- Samuelson, Paul/Solow, Robert (1960): *Analytical Aspects of Anti-Inflation Policy*, in: *American Economic Review*, Jg. 50, H. 2 (Papers and Proceedings), S. 177–194
- Sargent, Thomas/Wallace, Neil (1975): *Rational Expectations, the Optimal Monetary Instrument, and the Optimal Money Supply Rule*, in: *Journal of Political Economy*, Jg. 83, H. 2, S. 241–254
- Turvey, Ralph (1952) (Hg.): *Wages Policy under Full Employment*, London et al.: W. Hodge & Co